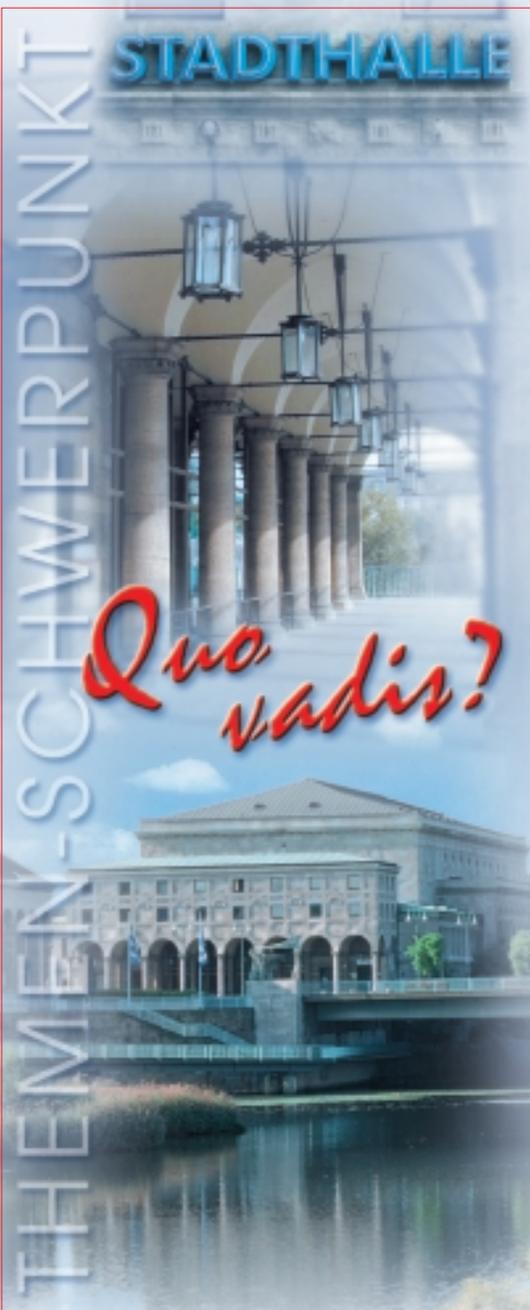


INFO-

MAGAZIN

DER CDU-FRAKTION IM RAT
UND DEN BEZIRKSVERTRETUNGEN
DER STADT MÜLHEIM AN DER RUHR



■ TITELTHEMA

- QUO VADIS –
wohin gehst
du Stadthalle?

■ WEITERE THEMEN

- INNOVATIVE
JUGENDARBEIT
vor dem Aus?
- OFFENE
GANZTAGSSCHULE –
eine Antwort auf
die Bildungsmisere?
- EIN FREIBAD
IN MÜLHEIM?
Naturbad –
eine pffiffige Lösung!

HERMANN RAUEN

VORM. STEINHANDEL RAUEN STEINWERKE SEIT 1888 IN MÜLHEIM-BROICH

- Verarbeitung von Ruhrssandstein
- Handel mit Natursteinen und Straßenbaumaterialien
- Aubereitung und Separation von Mineralstoffen

45479 Mülheim an der Ruhr · Felsenstraße 32
Telefon 02 08 - 41 98 0 · Fax 02 08 - 42 56 14

HERMANN RAUEN

AUFBEREITUNGSTECHNIK GMBH

- Herstellung und Instandsetzung von hochfeuerfesten keramischen Bauteilen für die Stahlindustrie

45479 Mülheim an der Ruhr · Felsenstraße 32
Telefon 02 08 - 41 98 0 · Fax 02 08 - 41 10 91

SPORTPARK RAUEN GMBH

- **Tennis**
In der Halle oder auf Außenplätzen mitten im Park
- **Die Tennisschule – Der Club**
Sport- und Freizeitangebote für Jung und Alt
- **Minigolf auf dem Fels**
eine der schönsten Anlagen im Ruhrgebiet

Mülheim-Broich · Holzstr. 11 · Telefon 02 08 - 41 98 116
Tennishalle und Außenplätze: täglich 8.00 bis 22.00 Uhr
Minigolf: täglich von 10.00 Uhr bis zur Dämmerung



Inhalt

INHALTS VERZEICHNIS

LEITARTIKEL	
„Quo vadis Stadthalle?“	4–5
THEMENFELD KINDER/JUGEND	
Innovative Jugendarbeit vor dem Aus?	6
THEMENFELD SCHULE	
Offene Ganztagschule – eine Antwort auf die Bildungsmisere?	6
THEMENFELD SPORT/FREIZEIT	
Ein Freibad in Mülheim?	7
THEMENFELD VERKEHR	
Bessere Verkehrsführung in der Innenstadt	8
THEMENFELD UMWELT	
CDU begrüßt den neuen Landschaftsplan	8
DER STANDPUNKT	
Zivildienst – beibehalten oder abschaffen?	9
DAS KURZINTERVIEW	
Flächennutzungsplan – 3 Fragen an Dr. Otmar Schuster	10
AKTUELLES AUS DEM RAT UND DEN BEZIRKSVERTRETUNGEN	11

FRAGEN? ANREGUNGEN?

WIR STEHEN IHNEN **PERSÖNLICH** IN UNSERER
FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE ZUR VERFÜGUNG:



RAINER HARTMANN
Fraktions-
geschäftsführer



JUTTA BECKMANN
Fraktions-
mitarbeiterin

Fraktionsgeschäftsstelle
Bahnstrasse 31
Mo. – Do.: 8.00 bis 17.00 Uhr
Freitag: 8.00 bis 14.00 Uhr
Tel.: 02 08 - 45 95 40
Fax: 02 08 - 45 95 419
Email:
CDU-Fraktion-muelheim@t-online.de
Internet:
www. CDU-muelheim/fraktion.de

ANZEIGE

NETZTECHNIK

SCHIFFMANN

Telekommunikation
Sicherheitstechnik
EDV-Netzwerk-Systeme
Navigationssysteme
Multimedia-Produkte
Veranstaltungstechnik

e-plus NETZTECHNIK Schiffmann
Am Bühnbach 16 Tel.: (02 08) 48 48 - 0 E-mail: info@netztechnik.de
45481 Mülheim an der Ruhr Fax: (02 08) 48 48 100 www.netztechnik.de



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

- CDU - Fraktionen
- im Rat der Stadt und in
- den Bezirksvertretungen
- Mülheim an der Ruhr,
- Bahnstraße 31
- 45468 Mülheim a. d. Ruhr

V.I.S.D.P.:

- Rainer Hartmann
- Heiko Hendriks

REDAKTION UND

STÄNDIGE MITARBEITER:

- Annegret Bender
- Eckart Capitain
- Rainer Hartmann
- Heiko Hendriks
- Marie-Luise Hollmann

ANZEIGEN:

- Heiko Hendriks

ERSCHEINUNGSWEISE:

- Auflage 3.000 Exemplare
- Vierteljährlich

LAYOUT UND DRUCK:

- Fa. PROspekt
- Gido Grümmer
- Mentzstraße 46
- 45479 Mülheim a. d. Ruhr

BILDNACHWEIS:

- Portraits privat:
- MST GmbH (S. 1, 4/5),
- Manfred Fuß (S.8),
- Büro Grafinger (S.7)
- Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit schriftlicher Genehmigung der verantwortlichen Herausgeber.

Quo vadis?

„QUO VADIS STADTHALLE ?“

4

Ein aktuelles Gutachten besagt es: Die Stadthalle und das Schloss Broich sind äußerst positive Imageräger für Mülheim an der Ruhr. Und fügt hinzu: Bereits jetzt bietet das Schloss Broich die Rahmenbedingungen in baulicher und technischer Hinsicht, die man von einem repräsentativen Veranstaltungsort erwarten darf.

ZIEL MUSS ES SEIN

auch die Stadthalle zu einer ersten Adresse für Kongresse, Tagungen und kulturelle Veranstaltungen zu machen. Dabei steht für die CDU-Fraktion außer Frage, dass für die Betreibung und die Vermarktung nur die MÜLHEIMER STADTMARKETING und TOURISMUS (MST) GmbH in Frage kommt, die bereits in den letzten Monaten ihre Professionalität in der Betreibung und der Vermarktung eindrucksvoll unter Beweis gestellt hat.

Im Vordergrund stehen für die CDU-Fraktion einerseits die vertraglichen Gestaltungen, andererseits der kontinuierliche Abbau des Sanierungsstaus.

Ziel muss es sein, kurzfristig die pauschalisierte Nutzung von Räumlichkeiten und Zeitkorridoren der Stadthalle durch den Kulturbetrieb dahingehend abzuändern, dass der Kulturbetrieb als „normaler“ Mieter auftritt. Dazu ist es notwendig, dass in Zukunft die Veranstaltungen des Kulturbetriebes in der Stadthalle veranstaltungsscharf gemäß der Gebührenordnung abgerechnet werden. Unberührt davon soll das Zugriffsrecht für bestimmte Zeitkorridore zur Durchführung von Veranstaltungen wie z.B. die „Stücke“ sein.

Neben der kontinuierlichen baulichen Instandhaltung und Sanierung müssen Investitionen in eine zeitgemäße Kongress- und Tagungstechnik im Vordergrund stehen.



WEITERE WESENTLICHE PUNKTE SIND

EINRICHTUNG EINES FESTEN GASTRONOMIEANGEBOTES AUF DER TERRASSE

Für die gastronomische Belegung und die allgemeine Attraktivitätssteigerung ist es nach Ansicht der CDU-Fraktion unabdingbar, kurzfristig die wunderschön gelegene Terrasse mit einem dauerhaften Café und/oder Bistroangebot zu beleben.

GASTRONOMIEANGEBOT IM FOYER

Besucher von Veranstaltungen müssen die Möglichkeit haben, warme und kalte Speisen im Foyer angeboten zu bekommen. Ob dies lediglich ein Angebot im Rahmen von Veranstaltungen sein muss oder ob dies auch ein dauerhaftes Angebot sein kann, sollte in der Entscheidungsgewalt des Gastronomen liegen.

ANRECHNUNG VON GASTRONOMIEVERZEHR

Wir befürworten, dass Gastronomieverzehr generell zu einem Anteil von 10% auf die Raummiete angerechnet wird.

AUFLÖSUNG DER WOHNUNGEN

Nicht nur für einen geordneten Veranstaltungsablauf, sondern auch auf Grund des Eigenbedarfs des Betreibers, ist eine Kündigung der Mietverhältnisse der Wohnungen notwendig.

Denkbar wäre für die CDU-Fraktion die Nutzung als Büroflächen oder auch als Gästewohnungen/-zimmer für Künstler.

ANGEBOTS- UND PREISPOLITIK

Eine Halle, die in Konkurrenz mit Mitbewerbern steht, muss auch vergleichbare Preise nehmen. Insofern halten wir die aktuelle Gebührenordnung grundsätzlich für richtig.

Im Gegensatz zur aktuellen Gebührenordnung und gemäß dem Konzept „Halle für alle“ halten wir es allerdings für richtig, dass gemeinnützigen Vereinen 40% auf die Raummiete und 20% auf alle weiteren Dienstleistungen nachgelassen wird.

OUTSOURCING VON DIENSTLEISTUNGEN

Bis auf den Bereich der Reinigung hält die CDU-Fraktion diese Idee für richtig. Allerdings betrachten wir Maßnahmen in diesem Bereich als operatives Geschäft der MST.

HOTEL IN DER NÄHE DER STADTHALLE

Grundsätzlich befürwortet die CDU-Fraktion den Bau eines Hotels in der Nähe der Stadthalle. Wir sehen, dass dies auf Dauer für einen Kongress- und Tagungsort unumgänglich ist.

FAZIT

Nach Ansicht der CDU-Fraktion kann nach Verwirklichung dieser Punkte die Frage „Quo vadis Stadthalle? (Wohin gehst du Stadthalle?)“, klar beantwortet werden:

Hin zu einem modernen Kongress- und Tagungszentrum im Herzen Mülheims – nicht nur für Mülheimer.

5

Heiko Hendriks:
"Uns ist bewusst, dass ohne die Bereitstellung finanzieller Mittel eine Entwicklung zum Tagungs- und Kongresszentrum nicht möglich ist.
Die Alternative wäre, alles beim Alten zu belassen.
Dies ist für uns aber nicht wirklich eine Alternative."



AUTOR



Autor Heiko Hendriks (37) ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Rat der Stadt und Mitglied im Aufsichtsrat der MST - GmbH

Kinder/Jugend

ROT - GRÜN STREICHT GELD:

6

INNOVATIVE JUGENDARBEIT VOR DEM AUS ?

Vor einigen Jahren wurden die freien Träger in der Jugendarbeit von der Landesregierung mit der Maßnahme konfrontiert, dass die Grundförderung reduziert und eine Schwerpunktförderung eingeführt wurde. Ziel war es, in der Jugendarbeit neue Wege zu gehen.

Für die Jugendeinrichtungen bedeutete dies einen großen Arbeitsaufwand und viel Verwaltungsbearbeitung. Nachdem sich die Einrichtungen mit Engagement und guten Ideen darauf eingelassen haben, hat sich diese Art der Förderung bewährt. Für dieses Jahr waren u.a. einige gemeinsame Veranstaltungen verschiedener Träger geplant, in die bereits sehr viel Zeit und Engagement investiert wurde.

Dann kam überraschend Ende Mai von der Landesregierung die Nachricht an das örtliche Jugendamt, dass die Schwerpunktförderung rückwirkend gestrichen wurde. Da die Jugendeinrichtungen bis

Mai schon Veranstaltungen für Jugendliche durchgeführt und also auch schon Geld ausgegeben haben, bedeutet dies für die Träger, den Rest des Jahres die Arbeit einzustellen oder noch mehr Geld aus den eigenen knappen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Nach Ansicht der CDU-Fraktion kann so Jugendarbeit nicht verlässlich und kreativ durchgeführt werden.

INFO

Betroffen von der Streichung ist auch die Kinder- und Jugendarbeit im Wohnpark Witthausbusch!

AUTORINNEN



Ursula Schröder (50) & Barbara Zipp (48) sind Stadtverordnete u. Mitglieder im Jugendhilfeausschuss: "Schwerpunktförderung muss Pflichtaufgabe d. Landes werden. Deshalb unterstützt die CDU-Fraktion ein Bürgerbegehren!"

AUTORIN



Autorin Marie-Luise Hollmann (60) ist Schulausschussvorsitzende im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

FAZIT: Die CDU ist zwar für mehr Ganztagschulen, warnt aber davor, sich auf unzureichende pädagogische u. finanzielle Konzepte einzulassen. Wenn man wirklich eine Bildungsreform will, reicht es nicht, an einen Vormittag mit Unterricht einen Nachmittag für Spiel, Spass u. Hausaufgabenhilfe dranzuhängen. Die Offene Ganztagschule löst nicht das Problem der Bildungsmisere, sie löst ein Betreuungsproblem, das man auch anders lösen könnte.

Schule OFFENE GANZTAGSSCHULE -

EINE ANTWORT AUF DIE BILDUNGSMISERE ?

Angesichts veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ist es längst überfällig, Ganztagschulen in jeder Schulform anzubieten. Es bedurfte erst der alarmierenden Befunde der internationalen Schulvergleichsstudie PISA, bis auch deutsche Bildungspolitikern begriffen, dass sie so nicht weitermachen können, wollen wir nicht als Wirtschaftsstandort auf das Niveau eines Dritte-Welt-Landes zurückfallen.

Nach Willen des Landes soll das NRW-Modell "Offene Ganztagschule" Abhilfe schaffen. Bis 2007 sollen für 25% der Kinder im Grundschulalter, das sind 200.000, Ganztagsangebote in Grundschulen geschaffen werden. Jetzt gibt es 44.000 Plätze für ca. 800.000 Grundschüler. Plan ist, bis 2007 alle Horte zu schließen. Dagegen richtet sich der Protest der freien Träger. Und das zu Recht.

Eine Hortgruppe umfasst 20 Kinder

von 6-14 Jahren bei zwei Fachkräften. Bei der Offenen Ganztagschule fallen die 10-14jährigen ganz heraus und das Land ist bereit, je Fördergruppe von 25 Kindern eine Zehntel Lehrerstelle zur Verfügung zu stellen; die restlichen Personalkosten hat die Kommune zu tragen. Abgesehen davon, dass die Gemeinden schon aus finanziellen Gründen dazu nicht in der Lage sind, ist dies ein Konzept, wonach am Vormittag das Land und am Nachmittag der Schulträger zuständig ist. Notwendig ist ein Konzept aus einer Hand für das insgesamt das Land verantwortlich ist.

Durch das Bereitstellen einer Zehntel Lehrerstelle würden die Kinder weniger als drei Stunden pro Woche mehr unterrichtet. Als Reaktion auf die Ergebnisse von PISA ist dies völlig unzureichend. Sinnvolle Förderung von Kindern kann nur von Pädagogen und nicht mit Betreuungspersonal geleistet werden.

7

Sport/Freizeit EIN FREIBAD IN MÜLHEIM ?

NATURBAD - EINE PFIFFIGE LÖSUNG !

Oder, warum diejenigen, die eigentlich dafür sind, dagegen sind und die, die eigentlich dagegen sind, dafür sind.

Die Haushaltslage ist in Mülheim bekanntermaßen desolat. Insofern stand vor etwa zwei Jahren auch das Freibad in Styrum auf dem Prüfstand. Im Vorfeld der Haushaltsdiskussion waren sich sowohl CDU als auch SPD einig, das Freibad zu schließen. Weniger die etwa € 150.000,- Betriebskosten als vielmehr die anstehenden notwendigen Investitionen des maroden Bades in Höhe von mehreren Millionen Euro, sowie die Tatsache, dass die Hälfte der Besucher nicht aus Mülheim kommt, beeinflussten diese Entscheidung.

Auf der Suche nach Alternativen - die Stadt Oberhausen hatte ihr Freibad inzwischen geschlossen und eine weitere Beteiligung in Styrum abgesagt - warb die CDU dafür, den Ruhrbadestrand wieder zu beleben, da dieser preiswert zu betreiben und zentral gelegen sei. Angeregt wurde die Lösung durch Planung eines Naturbades in der Steverau der Stadt Olfen (Münsterland), bei der die Firma EKO Plant die Idee eines Naturbades in's Spiel brachte. Leider ist ein Baden in der Ruhr offiziell nicht zulässig.

Die inzwischen gebildete Bürgerinitiative lief Sturm und dabei fiel der SPD auf, dass es sich um eine ihrer Hochburgen handelt - Stimmenverluste drohten. Die folgende 180 Grad Wende hatte zur Folge, dass der Vorstand der Bürgerinitia-

tive mit Politikern der SPD besetzt wurde und eine Neuentscheidung im Rat anstand. Hierzu hatte der Kommunalverband Ruhrgebiet eine Studie mit mehreren Sanierungsvarianten erstellt.

Die Idee eines Naturbades war mittlerweile nicht nur bei den Grünen sondern auch in der CDU konsensfähig. Im Gegensatz zur konventionellen Sanierung, spart ein Naturbad nicht nur etwa zwei Drittel der Investitionen sondern auch in hohem Maße Betriebskosten. Insofern können ökologische und ökonomische Vorteile verbunden werden. - Und wer schwimmt nicht gerne in einer natürlichen Umgebung ohne Chlor? - Nebenbei gibt es in der näheren Umgebung kein vergleichbares Bad, so dass ein Naturbad in dieser Form auch zur Attraktivierung des Standortes Mülheim an der Ruhr beiträgt. Unter Einbindung der FDP - die aus Kostengründen eigentlich gegen jede Sanierung war - wurde daher im Rat mit knapper Mehrheit entschieden, ein Naturbad zu erstellen.

Die politischen Gremien haben sich inzwischen mit verschiedenen Varianten von Naturbädern auseinandergesetzt. Auch wurden Konzepte mehrerer Anbieter bereits geprüft. Eine Entscheidung ist jedoch noch nicht gefallen.

FAZIT

Fest steht: Am Ende der Saison wird das Freibad Styrum in seiner jetzigen Form geschlossen, damit rechtzeitig im Sommer 2004 den Bürgern ein Naturbad zur Verfügung steht.



Eckart Capitain (36) ist 1. stellvertretender Vorsitzender des Sportausschusses



Hermann-Josef Hübelbeck (50) ist sportpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion



INFO NATURBAD:

- Ein Naturbad besteht im Gegensatz zu einem Badeteich aus zwei Becken. In einem findet der Schwimmbetrieb statt - in dem anderen wird quasi eine biologische Kläranlage betrieben, die zur Aufbereitung dient. Hier helfen Schilf und Sandfilter, das Wasser mikrobiologisch zu reinigen. Eine Pumpe sorgt für den notwendigen Austausch zwischen den beiden Becken. Durch Einlegen einer Folie sowie durch Umgestalten der Ränder mit Flachwasserzonen, die für die Erwärmung des Wassers sorgen und viel Spielfläche für Kinder bieten, entsteht ein naturnaher Eindruck eines Badesees.

BESSERE VERKEHRSFÜHRUNG

IN DER INNENSTADT: ES SCHEINT DOCH MÖGLICH!

Es ist kaum zu glauben, aber wahrscheinlich wird es demnächst tatsächlich eine Möglichkeit geben, mit dem Auto auf direktem Weg von der Stadtmitte zur Schlossbrücke zu kommen.

Aber der Reihe nach: In grauer Vorzeit, als die U-Bahn von Broich zum Bahnhof gebaut wurde, musste die Stadtmittlere Kreuzung umgebaut werden. Bedingung: Die Zentralthaltestelle am Berliner Platz sollte bleiben, somit war für den Individualverkehr keine Spur mehr frei. Außerdem hatte diese Maßnahme aus SPD-Sicht den Vorteil, dass der Verkehr auf die Konrad-Adenauer-Brücke gezwungen wurde. Als sich 1994 die politischen Mehrheiten änderten, beantragte die CDU sofort eine Öffnung für den Individualverkehr von der Stadtmittlere Kreuzung zur Schlossbrücke. Lange erklärte die Verwaltung, dass dies

nicht machbar sei; die SPD wollte die Fehler der Vergangenheit nicht eingestehen und sperrte sich. Schließlich untersuchte die Verwaltung doch die Machbarkeit, was in einem Rausch von Asphalt und Beton endete – 40 Mio. DM sollte die Lösung kosten. Der CDU schien dies völlig überzogen und lehnte diese Lösung ab. Die CDU hat jetzt erneut einen Antrag gestellt, die Leineweberstraße zwischen Stadtmitte und Schlossbrücke so umzugestalten, dass der Individualverkehr dieses Stück Straße befahren kann. Die Verwaltung wurde beauftragt kurzfristig eine preiswerte Lösung zu erarbeiten.

AUTOR



Wolfgang Michels (57) ist planungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

„Wir sind gespannt, ob nun im Sinne des Mülheimer Bürgers kurzfristig etwas geschieht, oder ob sich die Verwaltung weiterhin gegen eine einfache Lösung stellt.“

Umwelt LANDSCHAFTSPLAN FÜR MÜLHEIM

CDU BEGRÜSST DEN NEUEN LANDSCHAFTSPLAN

Im Jahre 1975 wurde im Landschaftsgesetz NRW der flächendeckende Landschaftsplan eingeführt, um die Lebensräume der Tier- und Pflanzenarten zu schützen.

Ziel war und ist es, die vielfältigen Nutzungsansprüche gegenüber dem Naturhaushalt und der Landwirtschaft wie Verkehr, Siedlungswesen, Wirtschaft, Jagd und Fischerei untereinander in Einklang zu bringen. Der Ausschuss für Umwelt und Energie beauftragte deshalb im Jahre 1993 die Verwaltung, die entsprechenden Fachbeiträge zu erstellen.

Eine umfangreiche Bürgerbeteiligung wurde eingeleitet sowie Diskussionen in den politischen Gremien. Es kollidierten nicht selten in diesen Diskussionen die Interessen der Naturschützer mit denen der Landwirte und Nutzern wie z.B. dem Sport an der Ruhr. Konstruktive Ergebnisse u. Kompromisse mit dem Ziel, einen Ausgleich der Interessen zu erzielen, wurden erreicht.

Die CDU-Fraktion im Umweltausschuss war es besonders wichtig, die Belange der Landwirtschaft zu

berücksichtigen, da der Entwurf des Landschaftsplanes aus dem Jahr 1975 zu einseitig die Interessen des Naturschutzes berücksichtigte. Die CDU-Fraktion führte dazu eine Informationsfahrt durch Menden und Holthausen durch, um in einer Diskussion mit der Beigeordneten Helga Sander und den Landwirten die entsprechenden Punkte zu berücksichtigen.

Der neue Landschaftsplan für Mülheim an der Ruhr wird sicherstellen, dass unsere Stadt weiterhin von der wunderschönen Natur des Ruhrtales geprägt sein wird und die Landwirte in eine gute Zukunft blicken können.

INFO

Die Landschaftsplanung ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe der Kommune, die auch Träger der Landschaftsplanung ist.

AUTOREN



Autoren sind der Vorsitzende des Umweltausschusses Manfred Fuß (66) und der umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Dr. Henner Tilgner (41)

ZIVILDIENTST... MANÖVRIERMASSE

DES FINANZMINISTERS ODER UNABDINGBARE VORAUSSETZUNG ZUR SICHERUNG UNSERES SOZIALEN SYSTEMS?

Früher wurden Sie an den Stammtischen oft als die „Drückeberger der Nation“ verunglimpft. Bald merkte man aber auch dort, welche wichtige Arbeit die Zivildienstleistenden in unserem Staat erbringen. Und auch die kritischsten Stammtischbrüder mussten anerkennend zugeben, dass der Zivildienst durchaus eine schwere Aufgabe sein konnte, manchmal sogar schwerer als der Militärdienst.

Die Träger von Zivildienststellen – im sozialen Bereich vornehmlich die Wohlfahrtsverbände und deren angeschlossene Einrichtungen – stellten sich schnell auf die neue Personalressource ein und bauten ihr Angebot aus. Die mobilen sozialen Dienste (Essen auf Rädern, hauswirtschaftliche Versorgung, Begleitdienste, Hausnotrufdienst usw.) wären ohne Zivildienstleistende nicht finanzierbar gewesen. Aber auch die meisten Altenpflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Rettungsdienste, Behinderteneinrichtungen u.v.a. beschäftigten Zivildienstleistende. Die individuelle Schwerbehindertenbetreuung ist ohne Zivis undenkbar.

Als der Zivildienst 18, 20 oder gar 24 Monate dauerte, konnten die Zivildienststellen ihre Zivis umfangreich auf ihre Aufgaben vorbereiten. Bei einer Zivildienstdauer von heute nur noch 10 Monaten ist das nur noch sehr begrenzt möglich.

Durch die kurze Dienstzeit und dem daraus resultierenden schnellen Wechsel sind Qualitätseinbußen vorprogrammiert. Wenn die jungen Männer für ihre Aufgaben richtig fit sind, ist die Zivildienstzeit schon fast wieder um. Durch das ungünstigere Verhältnis zwischen notwendiger Ausbildungszeit und tatsächlicher Verfügbarkeit des Zivildienstleistenden sind die Träger-

organisationen erheblich teurer geworden.

Trotz der verschlechterten Rahmenbedingungen gibt es für mich derzeit keine Alternative zum Zivildienst. Deshalb betrachte ich die politische Diskussion über den Zivildienst (und die Wehrpflicht, die ja leider in unmittelbarem Zusammenhang damit steht) mit großer Sorge. Die Politiker müssen wissen, dass alle Einsparpotentiale bei den Verbänden lange ausgenutzt sind. Sollte der Zivildienst wegfallen, ohne dass eine Alternative zur Verfügung steht, wird es unweigerlich zum Leistungsabbau bei den Verbänden kommen. Dies kann und wird zur Folge haben, dass beispielsweise viele alte Menschen, die aufgrund der angebotenen ambulanten Hilfen noch selbstständig in ihrer eigenen Wohnung leben können, dann ins Heim müssen. Ich habe die feste Überzeugung, dass ein Einsparen beim Zivildienst unseren Staat insgesamt sehr teuer zu stehen käme.

INFO

Das Mülheimer Rote Kreuz beschäftigt jetzt noch 10 Zivildienstleistende in den Bereichen Ärztlicher Notfalldienst, Rettungsdienst, Hausnotrufdienst und Essen auf Rädern.



AUTOR

Zur Person: Helmut Storm, geboren 1950 in Mülheim an der Ruhr; seit 1983 hauptamtlicher Geschäftsführer des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) Mülheim an der Ruhr

Übrigens: „Eine weitere Folge des Wegfalls der Wehrpflicht wäre, dass Bundesweit Tausende von Helfern wegfielen, die jetzt im Katastrophenschutz, im Brandschutz und im Rettungsdienst unentgeltlich tätig sind. Hat schon mal jemand darüber nachgedacht, wie der Staat dann seinen Verpflichtungen in diesen Bereichen nachkommen will?“

DAS KURZINTERVIEW: 3 FRAGEN

AN DR. OTMAR SCHUSTER

1 MÜLHEIM AN DER RUHR STELLT NACH 32 JAHREN EINEN NEUEN FLÄCHENNUTZUNGSPLAN (FNP) AUF. WAR NICHT LÄNGST HANDLUNGSBEDARF?

Kein Zweifel, Handlungsbedarf war längst gegeben; doch wie stets im Leben, das Vorläufige hält am längsten und man kann sich, wie man in vielen Kommunen gesehen hat, auch behelfen. Die lfd. Diskussion tut ein Übriges, jede Planvorstellung schnell veralten zu lassen.

Die Städte und Gemeinden allgemein haben sich ja eingerichtet auf die lfd. Änderungen der Flächennutzungspläne. Auch viel jüngere FNP haben sich schnell überholt, ich erinnere nur mal an viele aus den neuen Ländern. Typisch für unsere politische Diskussion in Deutschland ist, dass wir die Vergangenheit immer außer Acht lassen.

Wenn man die Sache über die letzten hundert Jahre betrachtet, wird einem erst deutlich, wie anders die Entwicklung läuft, als die Menschen sie abzusehen meinen. Düsseldorf wollte bis zum Jahre 1928 Millionenstadt sein und kein Mensch hat das vor dem ersten Weltkrieg bezweifelt! Auf die Zukunft ist eben kein Verlass. Menschen werden mit Plänen politisch eingefangen, die Realität kommt von selbst.

Trotzdem ist der FNP eine notwendige gedankliche Leitlinie, die im kommunalpolitischen Tagesgeschäft wie auch im Konzert der Gebietskörperschaften seine Funktion erfüllt.

2 WIE HABEN SICH IN DEN LETZTEN 32 JAHREN DIE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR DEN FNP GEÄNDERT?

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen haben sich ausgeweitet, aus einem Plan sind verschiedene geworden. Der Landschaftsschutz, der Bodenschutz wurden ausgeweitet.

Die viel wichtigeren Randbedingungen im wirtschaftlichen Bereich waren aber in den letzten 30 Jahren ungeheuren Änderungen unterworfen:

- ▶ die verschiedenen Wellen der Zuwanderung sind abgeebbt
- ▶ die Altbevölkerung schrumpft
- ▶ die Umgestaltung des Wirtschaftsraums Ruhrgebiet ist nicht so gelungen wie geplant, die aufrecht erhaltene Industrie

wurde vom Mehrwertbringer zum Milliardengrab

- ▶ die industriellen Spitzenleistungen dünnten aus (Entindustrialisierung)
- ▶ die mittelständischen Firmen wurden schwächer
- ▶ nur die Dienstleistung in Staat und Staatsnähe (Freie Berufe) wuchs
- ▶ die Mittelstädte glühten aus
- ▶ die Überalterung wird spürbar
- ▶ die Kinderlosigkeit u. Segregation nach Nationalität wird spürbar

Angesichts dieser Veränderungen werden die Belastungen für Investoren größer. Demzufolge wird es immer schwerer, verlässliche Investoren zu finden.

3 WIE SÄHE IHR FNP AUS?

Da würde ich mir folgende Fragen stellen:

- ▶ Verhindern die Randbedingungen etwa die Zielerreichung bzw. werden nicht wie heute in der Politik allzu oft die Randbedingungen mit den Zielen verwechselt?
- ▶ Gibt es mehr Raum für privates Wirtschaften?
- ▶ Gibt es Marktverbreiterung/Verengung?
- ▶ Hat die Erschließung im weitesten Sinne genügend Raum?
- ▶ Werden aktive Menschen aus der Umgebung angezogen?

▶ Reichen die geschaffenen Freiräume in den sich abzeichnenden Problembereichen aus, um einer positiven Entwicklung Platz zu machen?

▶ Kann man die sich abzeichnenden Problembereiche im FNP erkennen?

▶ Sind sie Gegenstand besonderer Überlegung hinsichtlich frühzeitiger Gegenmaßnahmen?

Da käme ich wahrscheinlich in einigen Teilen zu anderen Lösungen, doch ich bin nicht die Mehrheit, die wird im Rat der Stadt gesucht. Auch fühle ich mich nicht zur Kritik berufen.



Dr. Otmar Schuster
Jahrgang 1942

Öffentlich bestellter
Vermessungsingenieur,
Begleitung der
Grundstücks-
entwicklung und
Baubegleitung in NRW

Ehrenamtlicher
Präsident der
GEOMETER EUROPAS

Ehrenamtlicher
Vorsitzender des
Trägervereins Zenit e.V.

Das Interview
führte der Fraktions-
vorsitzende der CDU
Johannes Brands.

AKTUELLES AUS DEM RAT UND DEN BEZIRKSVERTRETUNGEN

TIERGEHEGE IM WITTHAUSBUSCH VOR DEM AUS?

Für einen Großteil der Mülheimer Bevölkerung stellt der Witthausbusch mit seinem eingebetteten Tiergehege einen hohen Freizeit- u. Erholungswert dar. Ein nicht genannter Sponsor hat in den letzten Jahren das beliebte Tiergehege davor bewahrt, geschlossen zu werden. Diese Leistung ist aber nicht auf ewig zu erwarten, dies erklärte er jetzt für den Fall, dass keine weiteren Sponsoren gefunden werden. Mit gutem Beispiel ging jetzt die Bezirksvertretung 1 voran: Auf Initiative des Bezirksvorstehers **ARNOLD FESSEN (CDU)** und der CDU-Fraktion stellte sie jetzt € 2.000,- zur Verfügung – Nachahmer dringend gesucht!



Arnold Fessen (62)

NEUE SATZUNG FÜR BIOMÜLL SOLL ERARBEITET WERDEN

Am 15.09.2003 fand ein Gespräch der Verwaltung mit den im Rat vertretenen Fraktionen statt, um Änderungen der Abfallsatzung abzustimmen. Wichtigster Punkt war die Änderung des Entgeltes für Biomüll, die nach Meinung der CDU-Stadtverordneten u. des Umweltausschussesmitgliedes **ANNEGRET BENDER** so gestaltet werden muss, dass „alle Mülheimer Bürgerinnen und Bürger die Biomüllentsorgung zu einem angemessenen Preis nutzen können.“



Annegret Bender (42)

CDU SETZT KINDERHORTGARANTIE BIS MINDESTENS 2007 IM RAT DURCH

Zusammen mit den Fraktionen der F.D.P und den GRÜNEN sowie einigen fraktionslosen Stadtverordneten hat die CDU-Fraktion im Rat durchgesetzt, dass bis mindestens 2007 in Mülheim an der Ruhr kein Kinderhort geschlossen wird. Hintergrund ist die Einführung der sogenannten „Offenen Ganztagschule“ und dem Plan der Landesregierung, dafür Horte zu schließen. CDU-Stadtverordnete **INGRID KOHLBREI** hob in diesem Zusammenhang die wichtige und unersetzliche pädagogische Arbeit der Horte hervor. Die SPD-Fraktion und Oberbürgermeisterin Mühlenfeld stimmten gegen den Erhalt der Horte!



Ingrid Kohlbrei (65)

ZUM DR. PHIL. PROMOVIERT... NEBEN DER RATSARBEIT

hat die jüngste CDU-Stadtverordnete **CONSTANCE PAFFRATH**. Titel ihrer Doktorarbeit war „Der Restitutionsausschluss im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands. Konflikt zwischen staatspolitischer Notwendigkeit und verfassungsrechtlicher Wertentscheidung“. Herzlichen Glückwunsch.



Constanze Paffrath (35)

STÄDTISCHE FINANZEN: KREDITE PROFESSIONELLER VERWALTEN

Überrascht nahm der CDU-Stadtverordnete **RALF SCHMITTER** auf einem finanzpolitischen Seminar zur Kenntnis, dass die Möglichkeit für die Mülheimer Verwaltung besteht, sich von einer Großbank ein Angebot zu einer professionellen Verwaltung des Kreditportfolios einzuholen. U.a. die WestLB bietet Kommunen an, das Kreditengagement professionell zu verwalten. Eine Prüfung auf Optimierungsmöglichkeiten ist kostenlos. Es erfolgt durch die Nutzung von modernen Finanzinstrumenten eine Kostenersparnis beim Schuldendienst. Bei dem Kreditvolumen der Stadt Mülheim an der Ruhr entspricht dies geschätzten Einsparungen in Höhe von 1 Mio. Euro. Andere Kommunen praktizieren dies bereits erfolgreich.



Ralf Schmitter (36)

MEDL JETZT MIT AUFSICHTSRAT

In vielen Punkten neu gefasst wurde jetzt der Gesellschaftsvertrag der medl GmbH. Unter anderem erhielt die Gesellschaft statt des bisherigen Beirates einen Aufsichtsrat. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist Bürgermeister **MARKUS PÜLL (CDU)**.



Markus Püll (43)



45478 Mülheim-Hafen